

leins der Waldkisten und Krüder ohne Fütterung außerordentlich Not an Nahrung leidet. Die Folge davon ist, daß die Tiere ruhelos bis an die Zaunranken streben, um die in deren Nähe befindlichen Winteransammlungen aufzulocken und abzuhäfen. So konnte man dieser Plage auf einer Bahnfahrt zwischen Schönheiderhammer und Carlsfeld drei Hundert strotzender Gänse (zu etwa je 12-15 Stück) beobachten, die sich auf den dortigen Waldkisten der Reviere Carlsfeld und Eisenhof aufbliesen und begierig Nahrung suchten.

Neuhäbdt (Sa.) Zwei junge Kurden aus Thüringen beim Dresden, die sich seit einigen Tagen beschäftigungslos umhertrieben, wurden von der Polizei in einer hiesigen Wohnung dabei überrascht und festgenommen, als sie gerade im Begriffe waren, eine auf der Straße weggelassene Kasse auf einem ledernen Wägel zurechtzumachen. Das Fell war bereits für 1100 Mark nach Schwab verkauft worden.

Blauen. Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Lutherkirche wurden dieser über 700.000 Mark als Stiftung zugewendet. Außerdem wurde eine halbe Million Mark zur Bänderung der kirchlichen Not in Blauen angesetzt.

Reichenbach i. V. Die Stadtverordneten genehmigten die Erhöhung des Sparkassenzinsfußes von 3% auf 4 Prozent (der Oppothekenzinsfuß ist von 5 auf 8 Prozent erhöht worden), die Erhebung einer Sozialabgabe von 1 Prozent von den Löhnen, welche die Arbeitgeber bezahlen sollen, und die kostenfreie Totenbestattung, die in Kürze zur Einführung gelangen dürfte.

Werdau. Der Industrieverein Werdau hat beschlossen, dem Bäuerbund Werdau zu Gunsten der Altershilfe den Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind dem Bäuerbund von der Leitung der sächsischen Waggonfabrik Werdau A. G. 250.000 Mark zu dem gleichen Zweck überwiesen worden.

Leipzig. Die Zahl der großen Rauchwaren Diebstähle, bei denen den Tätern zum Teil Renten im Werte von mehreren Millionen Mark in die Hände gefallen sind, hat sich um einen weiteren vermehrt. Diesmal wurden durch einen Einbruch in eine Rauchwarenhandlung in der Richard-Bagner-Straße während der Mittagsstunden am Mittwoch 100.000 Mark im Werte von etwa sechzehn Millionen Mark gestohlen. Die Täter haben mit Nachschlüssel gearbeitet. Es sind eine Million zweihunderttausend Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Dessau. In dem Dorfe Luso bei Berth ist eine Scheune mit Stroh- und Lupinen-Vorräten einem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt etwa dreihundert Millionen Mark. Als Brandstifter wurde ein polnischer Arbeiter, der mit dem Gutsbesitzer in Streit geraten war, ermittelt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat einstimmig die Verfassungserhöhung der heutigen Unfallzulage beschlossen. Im Steueränderungs Ausschuss des Reichstages wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zwangsanleihe im wesentlichen nach der Vorlage in erster Lesung angenommen. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, daß den Ländern und Gemeinden mit Rücksicht auf ihre Finanznot aus der Zwangsanleihe Vorläufe bewilligt werden sollen.

Der ehemalige braunschweigische Justizminister Junke freigegeben. Vor der Braunschweigischen Strafkammer hatte sich der frühere sozialistische Justizminister Junke wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Bei den Verhandlungen des Untersuchungsrichters gegen ihn wegen der Anklage Oerters im Braunschweigischen Kurier war man zu der Ansicht gekommen, daß gegen Junke ein Strafantrag wegen Urkundenfälschung gestellt werden müsse. Junke wurde jedoch freigegeben, da der Gerichtshof zu der Auffassung kam, daß Junke sich der Rechtswidrigkeit seines Tuns nicht bewußt gewesen sei.

Dem Reichsrat, der neieren unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern v. Welser eine öffentliche Sitzung abhielt, ist ein Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes für Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vorgelegen. Der Gesetzentwurf wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen; es ist jedoch unwahrscheinlich, daß er von den Ausschüssen noch vor Weihnachten erledigt wird. Der Reichsrat stimmte einer großen Reihe von Gesetzentwürfen in der vom Reichstage beschlossenen Fassung und dem vorläufigen Uebereinkommen zwischen der deutschen und der finnischen Regierung über gewisse Fragen des Handelsverkehrs zu, das für diese Fragen Weisbegünstigung und Gleichberechtigung vorliegt. Der Reichsrat stimmte der Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung, über Wochenhilfe und Wochenfürsorge und über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wurde ebenfalls zugestimmt, da diese Bestimmungen nur bezwecken, dem gesunkenen Geldwerte Rechnung zu tragen.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.
32. Fortsetzung.

Schon auf einer mehrwöchigen großen Geschäftstour durch die englischen Kohlenbezirke hatte er von London aus an Paul Hausmann einen langen Entschuldigungsbrief geschrieben und ihn für die Zeit seiner Rückkehr nach Berlin um eine persönliche Zusammenkunft gebeten, auf der er Gelegenheit nehmen konnte, seine schriftliche Revokation noch einmal in aller Form mündlich zu wiederholen.

Die Antwort Pauls war, wie Harry vorausgesehen, in Justinimdenem Sinne ausgefallen und das Konversationszimmer des Westflügel als ein neutraler Rendezvousort ausgewählt worden.

Harry hatte Paul unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Vechter Bahnhof von seinem Wiedereintreffen in der Reichshauptstadt telephonisch Mitteilung gemacht und war dann nach einer vielstündigen geschäftlichen Konferenz mit seinem Generaldirektor noch in später Nacht zu Wien gefahren.

Er hatte sich auf der Reise von Hamburg nach Berlin fest entschlossen, seine Besetzung zur Hausstraße, koste es, was es wolle, ein für allemal abzubrechen und mit Ellen, wenn irgend möglich, noch heute zu einer abschließenden Klärung ihres Verhältnisses zu kommen, ehe er sich mit Paul Hausmann über weitere Schritte in der Angelegenheit seiner Schwester einigte.

In einer leidenschaftlichen, beiderseits mit äußerster Erbitung gefüllten Auseinandersetzung hatte er Ellen ohne weitere Präliminarien eine Abhandlungsumme von dreihunderttausend Mark angeboten, wenn sie ihren Verhältnissen entsage, mit dieser Summe jedoch eine enträufelte Abweisung erfahre.

Mit zornbebenender Stimme hatte ihm das junge Mädchen erklärt, seine Worte enthielten für sie eine so unerhörte Beleidigung, daß sie es eigentlich für unter ihrer Würde hielt, darauf überhaupt auch nur zu antworten.

Sie sei seit langem schon der Tatsache bewußt, daß er mit allen Mitteln danach strebe, sich seinen einfachsten menschlichen Verpflichtungen zu entziehen; auch gebe sie sich darüber keinerlei Illusionen hin, daß ihr ganzes Verhältnis nur noch einen losen, äußerlichen Zusammenhalt darstelle, unter dessen dünner Decke ein tiefinnerlicher, feindlicher Gegenstand schlummere.

Die Reichsminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 8. April 1920 vorgelegt. Der Gesetzentwurf übernimmt das Erfordernis der Zustimmung der Hauptfürsorgestellen zu einer Kündigung gegenüber einem Schwerbeschädigten als dauernde Verpflichtung. Bei Streiks und Ausperrungen soll der Arbeitgeber grundsätzlich verpflichtet werden, die an solchen Aktionen beteiligten Schwerbeschädigten wieder einzustellen. Friedensblinde sollen in vollem Umfang als Schwerbeschädigte behandelt werden. Auch das Beschwerdeverfahren wird durch das Gesetz neu geregelt.

Der Reichsdiskontinuarhof am Streifrecht der Beamten. Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons verhandelte der Reichsdiskontinuarhof am Donnerstag über die Frage des Streifrechts der Beamten. In Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts im kriminellen Verfahren hat auch der Reichsdiskontinuarhof das Streifrecht der Beamten nach langer Beratung ausdrücklich nicht anerkannt. Nur im Strafmaß ist der Diskontinuarhof von den Erkenntnissen der Disziplinarkammern Münster und Potsdam, die beide gegen die angeklagten Quallführer und Lokomotivführer auf Dienstentlassung entschieden haben, abgewichen. Und zwar hat er, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten berichten, gegen den Quallführer Heinrich Kunkler in Strafverurteilung auf Strafbefehl und Kürzung des Dienstentlohnens um ein Drittel erkannt, gegen die Lokomotivführer Deichmann und Seehase aus Wittendörge auf Strafverurteilung und je 3000 Mark Geldstrafe. Die Milde des Urteils habe ihren Grund in der Freiführung der Angeklagten durch die beherrschende Stellung der Angehörigen der Beamten zur Reichsgewerkschaft, die in ihren genehmigten Satzungen den Streit im äußersten Falle erlaubt.

Das Schulkraft des Deutschen Schulkraftvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist am 12. d. Mts. wohlbehalten in Puerto Cabello (Venezuela) eingetroffen und wird am 2. Januar nach Vera Cruz (Mexiko) weiterreisen.

Schwerer Diebstahl vor dem Reichsgericht. Vor dem Reichsgericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Schlosser und Mechaniker Paul Weyer aus Ulberfeld, der des Diebstahls von 100.000 Mark gegen das Sprengstoffwerk angeklagt ist. Das Vergehen gegen das Sprengstoffwerk angeklagt ist. Das Vergehen gegen das Sprengstoffwerk angeklagt ist. Das Vergehen gegen das Sprengstoffwerk angeklagt ist.

Das Goldsozialgesetz. Für die Zeit vom 20. bis einschließlich 26. d. Mts. beträgt das Goldsozialgeld 189 000 vom Hundert.

Tschechoslowakei.

Verabschiedung der Postgebühren. Wie verlautet, wird die tschechoslowakische Postverwaltung schon Mitte Januar beginnen, die Posttarife herabzusetzen.

Polen.

Demission des Kabinetts. Nach vollendetem Wechsel der Präsidentschaft hat Ministerpräsident Romak dem neuen Staatspräsidenten Narutowicz die Demission des Kabinetts überreicht. Es wurde mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut. — Das Organ des Abgeordneten Witos, der Kurier Polska, behauptet, daß zwischen den Parteien der Mitte, den beiden Agrar-Parteien, und der Linken des Parlaments, den Arbeiterpartei, ein vollkommenes Einvernehmen über die Bildung der Koalitionsregierung zustande gekommen sei. Witos hat ein Aktionsprogramm entworfen, das die radikale Regelung der Staatsfinanzen und die Umgestaltung der Verwaltung fordert, die jetzt in den Händen der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei liegt.

Italien.

Erhaltung im Faschismus. In der Vertretung der römischen Faschistenpartei sind über die Taktik und Aufstellung des Faschismus scharfe Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen, die zu einer Spaltung in zwei verschiedenen Richtungen führten, von denen die eine sich um den politischen Sekretär Bini handelt, während die andere vom Abgeordneten Votari und dem Kriegsmaterialien Joliori geführt wird, deren Ausstufung aus der Partei von der Mehrheit beantragt wird.

Der denkende Ladenbesitzer

fragt nicht: „Muh ich inserieren?“ — „Was kostet eine Anzeige?“, sondern: „Macht mich die Anzeige mehr bekannt?“ — „Was bringt sie mir ein?“ — Fragt er: „Wo inseriere ich?“ so gibt es nur eine Antwort: „Im täglich erscheinenden Kleiser Tagesblatt!“

Dennoch aber sei sie nicht imstande, auf ihre Ansprüche zu verzichten. Harry wisse sehr wohl, wie wenig ihr an seinem Reichtum und an seiner Person gelegen sei; sie verlange nur, daß er sie mit seinem Namen bede und als Ehrenmann für die Konsequenzen des einst gegebenen Ehrenwortes bis zur letzten Instanz einträte.

Mit dieser Erklärung hatte sie hochherzigen Hauptes den Salon verlassen und sich in ihr Schlafzimmer eingeschlossen.

Als Harry das Konversationszimmer des Westflügel betrat, kam ihm Paul Hausmann, den ein Kludierer zwischen von seiner Ankunft verständigt hatte, bereits aus der Tür des antonischen Spielzimmers entgegen.

„Ich habe dich um diese Zusammenkunft gebeten, lieber Paul“, begrüßte Harry den Freund, „um dir noch einmal mein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß ich mich bei deinem letzten Besuch von meiner Erregung in so unqualifizierbarer Weise habe hinreich lassen!“

Mit einer abwehrenden Geste bewegte Paul die Hand. Die Sache ist begraben und vergessen, Harry! Ich habe deine Erregung recht wohl verstanden und sie dir darum auch nicht weiter nachgetragen! Und ich freue mich, daß du in dieser Zwischenzeit dein Unrecht eingesehen hast!“

Harry nickte zustimmend. „Ja, Paul, ich habe mein Unrecht eingesehen, ich habe aber auch das andere eingesehen, daß ich mich bei der Abweisung deiner Schwester nicht beruhigen kann! Sollte mich die Reue werden! Um jeden Preis! Und du darfst mit deinem Verhalten hieran nicht verweigern!“

Paul suchte die Achseln. „Du weißt, Harry, daß ich mit deinem Wunsch durchaus sympathisiere. Du kennst aber auch Potters Starrsinn und das Risiko, das ich bereits einmal als dein Dreiwertler gemacht habe!“

„Wieviehl bist du ein zweites Mal glücklicher, Paul! Ich bin zu jeder Konzeption bereit, aber du, zu jeder Konzeption! Ich kann halt nicht von Lotte ablassen! Du ahnst ja gar nicht, wie mich die Sache bewegt! Dazu dann noch der unaussprechliche geschäftliche Kerger und lebenswichtige Auftritte mit Ellen! Manchmal möchte ich wirklich allen Mut verlieren!“

„Dah du dich denn mit Fräulein Walden noch immer nicht rechtlos auseinander getrennt?“ fragte Paul erheitert. „Du kennst sie doch bereits vor vier Wochen, daß dein

China.

Die Abweisung Straußens durch die Japaner. Die japanische Botschaft in Berlin teilt mit: Das japanische Auswärtiges Amt hat am 9. Dezember der Presse bekanntgegeben, daß die Verwaltung des Mandchurien Reiches die Bestimmungen des Schantungabkommens übergeben werden solle, während gleichzeitig die hiesige japanische Verwaltung außer Kraft gesetzt werde. Auch werde die japanische Regierung in Achtung der chinesischen Verwaltung unmittelbar darauf ihre Truppen zurückziehen, wofür die Vorbereitungen schon längst getroffen sind. Da jedoch aus der Gegend von Tingtau Meldungen über Unruhen, besonders Bandenaufrichte, vorliegen, so wünscht China, daß Japan zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung jener Gegend hilsreiche Hand bieten möchte; die Zurückziehung der japanischen Truppen ist daher noch um einige Tage verschoben worden. Nun hat die chinesische Regierung mit vollem Einverständnis des diplomatischen Korps in Peking neuerdings die Bitte an Japan gerichtet, Waffen für Gollislawede in Kwantau zur Verfügung zu stellen; dieser Bitte wird seitens Japans gern unter der Bedingung entsprochen, daß die Waffen zu keinen anderen Zwecken als zur Stärkung von Ruhe und Ordnung in jener Gegend Verwendung finden. Die Waffen sind schon von Japan aus unterwegs und werden in kurzem an die chinesischen Wachtposten verteilt werden. Sofort nach dieser Mitteilung, und zwar jedenfalls spätestens am 20. Dezember, wird die japanische Regierung ihre Truppen zurückziehen in der aussergewöhnlichen Erwartung, daß die Waffenverteilung Ruhe und Ordnung in Tingtau unter der chinesischen Verwaltung sichern wird.

Vermischtes.

Diebstahl in einer Eisenbahnwerkstätte. In der Jenaer Eisenbahnwerkstätte sind durch die Kriminalpolizei von Raumburg, Gera und Jena umfangreiche Diebstähle von Holz- und Eisenmaterial aufgedeckt worden. Diebstahl im Kaiser Friedrich-Museum. Aus dem Kaiser Friedrich-Museum, aus dem in den letzten Wochen zahlreiche äußerst wertvolle Kunstgegenstände entwendet worden sind, wurden Dienstag und Mittwoch, wie die „S. J.“ am Mittwoch meldet, trotz der Verhinderung der Überwachungsmaßnahmen wiederum zahlreiche Gold- und Silbergegenstände gestohlen.

Zum Tode verurteilt. Frau Maria Schapmann, die ihren Schwiegervater, den Verbrechen Schapmann, mit Arsenik getötet hatte, nachdem sie zuvor das Testament des alten Mannes gefälscht hatte, wurde vom Schwurgericht in Münster zum Tode verurteilt.

Neue Untersuchungen über Sonnenstrahlung. Die Sonnenstrahlung ist erst neuerdings, nachdem man ihre Bedeutung als Heilfaktor erkannt hat, als wichtiges Element in die meteorologischen Beobachtungen aufgenommen worden. Ueber die Unterschiede in der Stärke dieser Strahlung in den verschiedenen Jahreszeiten und Gegenden hat neuerdings Dr. Franz Baur Untersuchungen angestellt, die er in der „Münchener Wochenschrift“ veröffentlicht. Baur hat die bisher gemachten Beobachtungen im Hochgebirge, Mittelgebirge, Tiefland und an der Küste zusammengestellt, wie sie in Davos, Potsdam, Kollberg und von ihm in St. Blasien gewonnen wurden. Es ergibt sich daraus, daß die höchste Strahlungsintensität in allen Klimaten Mitteleuropas nicht im Sommer, zur Zeit des Höchststandes der Sonne, sondern im April eintritt. Die höchsten Strahlungswerte hat das Hochgebirge, dann kommt das Mittelgebirge, dann Küste, dann Tiefland; doch sind die Unterschiede zwischen den Höchstwerten nicht sehr bedeutend; sie betragen nur zwischen dem größten Wert in Davos und dem kleinsten in Potsdam 11 Prozent. Einen zweiten Höchststand erreicht die Strahlung im September. Im Sommer zeigt sich infolge des größeren Wasserdampfgehaltes der Luft eine deutliche Abnahme der Strahlung. Die niedrigsten Werte fallen überall in den Dezember, die Zeit des Sonnentiefstandes. Über während an der Küste die Strahlung Mitte Dezember durchschnittlich 42 Prozent geringer ist als Mitte April, beträgt dieser Unterschied im Norddeutschen Tiefland 32 Prozent, im Mittelgebirge gar nur 14 Prozent und im Hochgebirge nur 10 Prozent. Das Hochgebirge hat also außer der absolut größten Strahlung auch die gleichmäßigste Verteilung über das ganze Jahr. Das Strahlungsklima des Mittelgebirges steht dem des Hochgebirges sehr viel näher als dem des Tieflandes. Dies Ergebnis ist für den deutschen Arzt von besonderer Wichtigkeit. Denn Mitte Dezember ist die Sonnenintensität in St. Blasien um die Mittagszeit durchschnittlich um 50 Prozent größer als in Kollberg, während die in Davos nur um 13 Prozent größer ist als in St. Blasien. Im Januar beträgt der Unterschied zwischen St. Blasien und Kollberg um die Mittagszeit 38 Prozent, um 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags sogar beinahe 100 Prozent. Ueber die Art der Strahlung, d. h. inwiefern die sichtbare und die ultraviolette Strahlung mit

Kunst mit ihr wegen einer entsprechenden Abfindung in Verbindung getreten sei!“

„Aufklarung Stern muß die Sache hervorragend geschickt angefangen haben!“ war die höfliche Antwort. „Denn Ellen hat ihn einfach zur Tür hinauskomplimentiert und ihm rundweg erklärt, daß sie nur mit mir und sonst mit niemand anders verhandelt! Ich bin, nebenbei gesagt, verpflichtet auch um keinen Schritt mit ihr weitergekommen. Sie beharrt auf ihrem Ekel und hängt an mir wie eine lästige Klette! Das ist schließlich aber meine geringste Sorge; der gleichen Klären lassen sich schließlich doch noch immer mit Geld erledigen. Viel näher geht mir dagegen der Fall deiner Schwester! Glaubst du übrigens, Paul, daß bei ihr irgend ein anderes Herzengut vorliegt, das für sie bei Abklärung meiner Werbung bestimmend gewesen sein kann?“

„Ein anderes Herzengut?“ wiederholte Paul nachdenklich. „Nicht doch ich würde, Harry! Allerdings bin ich in letzter Zeit auch nur selten nach der Steglitzer Straße gekommen, um hierüber aus eigener Anschauung urteilen zu können! Soviel ich einmal gelegentlich von meiner Mutter hörte, betrug bei Lotte im vorigen Jahr eine ernsthafte Religion für den damals bei uns verkehrenden Schriftsteller Kurt Rasmus! Wie dies Verhältnis aber jetzt liegt, entzieht sich völlig meiner Kenntnis! Ich weiß nicht einmal, ob Rasmus überhaupt noch in Berlin ist! Seit dem Tode meines Vaters habe ich ihn jedenfalls nicht mehr zu Gesicht bekommen.“

„Ich will und muß aber Gewißheit haben!“ Harry war aufgesprungen und durchnas mit großen Schritten die Weite des saalartigen Raumes.

„Es wird sich doch auf irgend eine Art schließen lassen, ob zwischen Rasmus und Fräulein Lotte noch eine Verbindung besteht. Das mein ich, Paul, wenn wir ein Detektivbureau mit der Befolgung der Angelegenheit betrauen?“

„Ein Detektivbureau? Nein, Harry!“

„Ein Rest ritterlichen Empfindens regte sich in Paul. „Ich kann doch unmöglich die Hand dazu bieten, daß meine eigene Schwester wie eine Verbrecherin übermächtig und beschützt wird!“

„Aber Paul, werde doch nur nicht sentimental!“

„Mit ungeschwättem Erkennen hab Harry dem Freunde ins Gesicht.

Fortsetzung folgt.

dem Aufstieg in die Höhe wohnt, läßt sich noch nicht genau sagen. Doch ist die ultraviolette Strahlung in größeren Höhen zweifellos stärker. Aus dieser vergleichenden Beurteilung der Strahlungsintensität ergibt sich für die Weltkarte, daß die günstigsten Verhältnisse im Hochgebirge liegen und dann im Mittelgebirge. Es ist sehr wichtig, daß wir im deutschen Mittelgebirge, dessen klimatischen Verhältnissen sich die meisten Kranke gut anpassen vermögen, eine ausreichend starke Sonnenstrahlung das ganze Jahr hindurch haben. Im deutschen Tiefland und an der Küste ist die Ausnützung der Sonnenstrahlung zu Deutschland nur im Frühjahr, Sommer und Herbst möglich, während sie im Winter und Winter auf nur noch 50-60 Prozent der Gebirgsstrahlung heruntersinkt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Dezember 1922.

Diebshähle im Kaiser-St. Annen-Museum.
Kaiser-St. Annen. In den letzten Tagen sind aus den Ausstellungsräumen des Kaiser-St. Annen-Museums vier wertvolle Leuchter und von zwei an der Wand befindlichen einarmigen Leuchtern je ein Lichtschalter gestohlen worden. Auch von einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Ebenholzschreibtisch wurden kleine Silberne Beschläge entwendet. Der Alterswert der Diebstehle ist ganz erheblich.

Blüthen der Lebenshaltungskosten in Wien.
Wien. Nach dem Gutachten der paritätischen Kommission verbilligten sich die Kosten der Lebenshaltung vom 15. November bis 14. Dezember um drei Prozent.

Entspannung in Lausanne.

Lausanne. Ueber die Beratungen über die Rinderseitenfrage am Donnerstag, die nach der lebhaften Rede Lord Curzon zu einer völligen Entspannung führten, erzählt man folgende Einzelheiten: Ismet Pascha antwortete in längeren Ausführungen auf die Rede Lord Curzons, dessen Wortwahl er zunächst zurückwies, die dieser in der armenischen Frage gemacht hatte. Was den Bevölkerungsaustausch betreffe, erinnerte Ismet Pascha daran, daß der Gedanke von Rassen ausgabe und später von Völkern und Völkern ausgegangen wurde. Die Schaffung einer Demarkationslinie für die Armenier sei äußerst schwierig, da das dort verringerte türkische Gebiet nunmehr von einer türkischen Mehrheit besetzt werde, die ihre Demarkationslinie seiner fremden Rasse abtreten könnte. Auf Lord Curzons Frage, ob die Türkei dem Völkerbund beitreten wolle, antwortete Ismet Pascha: Wir haben niemals erklärt, daß wir nicht eintreten werden. Wir sind vielmehr dazu bereit, sobald der Friede geschlossen ist. Wir werden dann unsere Ansicht darüber bekannt geben. Wenn die Türkei sich jedoch in der Frage der Kontrolle des Rinderseitenlandes so sehr empfindlich zeigt, wie Lord Curzon meine, so liegt das eben daran, daß bisher die türkische Souveränität stets unter dem Vorwande der Neutralität mit Füßen getreten worden sei. Die Türkei nehme die Grundzüge des Rinderseitenlandes an, aber nicht unter dem Druck der geistigen Rede Curzons, sondern in Uebereinstimmung mit dem nationalen Fakt. Auf eine Bemerkung Curzons in der letzten Sitzung über einen etwaigen Wunsch wegen der Rinderseitenfrage, erklärte Ismet Pascha folgendes: Wir wollen weiter für den Frieden arbeiten. Wenn sich aber trotzdem dieser Wunsch vollzieht und wenn man glauben sollte, daß hierfür die Rinderseitenfrage ein pausenloser Vorwand wäre, so sind wir sicher, daß die Wahrheit bald bekannt gegeben wird und daß die Stimmen, die sich zugunsten der türkischen Ordnung erheben, in der ganzen Welt ein Echo finden werden. Ismet

Pascha schloß, indem er den türkischen Standpunkt folgendermaßen zusammenfaßte:

1. Die Türkei ist bereit, nach dem Friedensschluß mit dem Völkerbund anzuschließen.
2. Sie erkennt die Rechte der nicht mohammedanischen Minderheiten auf Grund der von verschiedenen europäischen Staaten erklärten Grundsätze an.
3. Sie wird eine Kammer ernennen.
4. Lord Curzon drückte in seiner Antwort seine Genugtuung über den verständlichen Ton der türkischen Erklärung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den in die Türkei zurückkehrenden Armeniern annehmbare Lebensbedingungen gesichert werden würden und daß die türkische Delegation sich nicht den Erörterungen des Unterausschusses über die Frage einer nationalen Demarkationslinie widersetzen werde. Die größte Bedeutung legte er den Erklärungen Ismet Paschas über den Völkerbund bei, die die weiteren Verhandlungen in Lausanne bedeutend erleichtern würden. Er hofft nunmehr, daß der Friedensvertrag bald, vielleicht schon in vier Wochen abgeschlossen werden könne. — Barzani und Garrafi schlossen sich den Ausführungen Lord Curzons an. — Benzelos gab hierauf die griechischen Grundzüge über den Bevölkerungsaustausch bekannt. 1. Der Austausch soll freiwillig, ohne jeden Zwang vollzogen werden. 2. Den Griechen, die osmanische Untertanen sind, und aus Anatolien flüchten wollten, sowie den Griechen in Osttrabzon soll die Heimkehr gestattet werden. 3. Auch die Griechen in Konstantinopel sollen darüber entscheiden können, ob sie auswandern oder in Konstantinopel bleiben wollen. 4. Die Muselmanen in Griechenland sollen entsprechend behandelt werden. 5. Ein besonderes Abkommen soll über den Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilisten abgeschlossen werden.

Nach einer kurzen Erklärung Ismet Paschas wurde hierauf Montana-Präsident zum Vorsitzenden des Unterausschusses für die Rinderseitenfrage ernannt, der heute seine nächste Sitzung abhalten wird. (Siehe auch in der Beilage.)

Lausanne. Im Unterausschuss für die juristischen Fragen der Rinderseitenfrage schlugen die Mitglieder vor: 1. daß durch irgend eine internationale Instanz, z. B. durch den internationalen ständigen Gerichtshof im Haag, Richter angewiesen werden sollten, als Beamte des türkischen Staates gemeinsam mit türkischen Richtern die Gerichtsbarkeit für Ausländer zu organisieren; 2. daß diese Richter gemeinsam mit türkischen Richtern das türkische Strafbuch in neuzeitlichem Sinne ausarbeiten sollten. Die Türkei verbot sich diesen Anregungen gegenüber nicht ablehnend, warte aber Weisungen aus Ankara ab.

Die geistige Rede Bonar Law.

Paris. Zur gestrigen Rede Bonar Law im Unterhaus schreibt „Le Petit Parisien“, der Wille, den Bonar Law befinde, Frankreich längere Hilfe zu bringen, als dies seit Unterzeichnung des Friedensvertrages geschehen sei, und Deutschland zur Zahlung zu verpflichten, sei offenbar. Es gebe Gründe zu der Annahme, daß während des Kabinetts am letzten Montag der Premierminister nach dieser Richtung die Zustimmung aller seiner Kollegen fand. Der Wunsch Bonar Law, die Zusammenarbeit mit Frankreich zu verbessern, könne allerdings auf gewisse Schwierigkeiten, die Frankreich in seinem eigenen Interesse nicht übersehen dürfe, wenn es Bonar Law entgegenkommen wolle. Die neue englische Regierung sei geneigt, sich in der Frage der internationalen Schulden großzügig zu zeigen; jedoch könne sie nicht vollkommen darauf verzichten, von Deutschland und seinen Verbündeten die Summen zu verlangen, die England Amerika bezahlen müsse. Nach dieser Richtung sei also die Verhandlungsfreiheit des Ministeriums stark begrenzt, aber viel mehr noch hinsichtlich der Maßnahmen gegenüber Deutschland. Bonar Law habe sich dagegen verwahrt, die

Frage der Befehung des Ruhrgebietes zu erörtern. Seine Gedanken hätten sich trotzdem nicht weniger klar geäußert. Sein Wunsch sei, Frankreich durch die Tat zu beweisen, daß er entschlossen sei, Deutschland zu zwingen, aber unglücklichlicherweise — und im Widerspruch zu den Tatsachen — werde die Ruhrbefehung dem englischen Publikum als Maßnahme hingestellt, die eine wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland hervorrufen würde. Solange dieser Irrtum nicht beseitigt oder solange der Plan der Befehung nicht für die öffentliche Meinung Englands eine beruhigendere Form angenommen habe, müsse die Regierung sich der Gefahr aussetzen, die Mehrheit des Landes gegen sich zu haben, wenn sie auch nur durch Unachtsamkeit Entgegenkommen läßt. Das Problem für die französische Politik sei, jetzt klarzustellen, in welchem Maße man auf die Schwächen eines aufrichtigen treuen Verbündeten Rücksicht nehmen könne, wenn es sich darum handele, einem eigenen Plan einträgliche Form zu geben. (Siehe auch in der Beilage.)

Clemenceaus neue Ansicht.

Paris. Der New Yorker Korrespondent des „Welt Parisien“ hatte eine Unterredung mit Clemenceau vor seiner Abreise aus New York. Clemenceau äußerte sich ausführlich über die Frage der Ruhrbefehung. Er sagte u. a.: „Ich bin gegen diese Befehung. Vielleicht hat es eine Zeit gegeben, in der die Politik der Macht hätte erfolgreich sein können, aber eine solche Politik hat jetzt, nachdem man Deutschland Konzessionen gemacht hat, ihre Wirksamkeit verloren. Gegen eine Befehung des Ruhrgebietes würde ich heute schwere Bedenken haben. Man muß vor allem mit der Möglichkeit eines allgemeinen Streiks der Grundarbeiter und dessen katastrophalen Folgen rechnen. Es gibt sicherlich andere Lösungen, und vielleicht ist die Lösung, die mir heute ein amerikanischer Freund vorschlug, nicht die schlechteste. Dieser meinte, daß Frankreich und England, wenn sie sich über die Mittel, die anzuwenden sind, um Deutschland zum Frieden zu bringen, nicht einig werden können, sich über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes verständigen sollten, das vielleicht unter Leitung des Präsidenten Harding stehen könnte.“

Die Ruhrfrage.

Paris. Die radikal-sozialistische Kammergruppe besprach gestern die Londoner Konferenz und im Zusammenhang damit die Ruhrfrage. Die Gruppe, die die Befehung des Ruhrgebietes grundsätzlich ablehnt, befaßt sich vor, darauf in gelegener Zeit zurückzukommen. Ist aber entschlossen, sich nicht ohne weiteres in die politischen Intrigen in dieser Frage verwickeln zu lassen.

Voincaré vor dem Rücktritt?

Paris. Hier gilt Voincarés Stellung für sehr erschüttert, sobald sein Rücktritt nach der heute beginnenden Aussprache mit Sicherheit zu erwarten sei, selbst wenn die bevorstehende Kammerdebatte mit einer Art von provisorischem Vertrauensvotum abschließe.

Sport.

Das Dresdner Stadion im Gau. Das Dresdner Stadion auf den Gähmelwiesen ist bereits im Bau. Täglich wachen die Berge von Schutt und Schlacken, die die Grundfläche der Tribüne bilden. Das Wetter ist glücklicherweise milde, so daß die Arbeit rasch fortgeschritten ist. Man darf mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß das Stadion zur Eröffnung der Jahresfeier „Spiel und Sport“ Mitte Mai 1923 fertig wird, so daß es mit ihr zusammen dem Verkehr übergeben werden kann. Die großen sportlichen Veranstaltungen, darunter das Fußballländerspiel Finnland-Deutschland, werden gewiß viele Tausende von Sportsfreunden nach dem Dresdner Stadion ziehen.

Kirchennachrichten.

8. Advent 1922.

- Wiesa.** Trinitatiskirche: 9 Uhr Fr. (Lut. 3, 15-17, Friedrich), 11 Uhr Abendg. (Friedrich). Klosterkirche: 6 Uhr Abendsand. m. H. (Math. 11, 2-10, Luthardt), Montag Großmutterverein. Mittw. 7, 8 Uhr Bibelstunde (Friedrich).
- Weida.** Born 10 Uhr Gottesdienst.
- Bautsch.** 8 Uhr Beichte, 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Waderau.** 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Guberley) mit Adventschor, 10 Uhr Abendmahl (Guberley), 11 Uhr Kindergottesdienst, Dienstag 7 Frauenverein in Lamm's Restaurant (Gedächtnisfeier). Mittw. Jungmännerverein (Adventsfeier).
- Gröba.** 8 Uhr still. Abendmahlfeier (Benede), 9 Uhr Predigtgottesdienst (Benede), 11 Uhr Kindergottesdienst (Berger), 11 Uhr Kindergottesd. in Böhren.
- Waldth.** 9 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. 4, 4 Uhr Abendkommunion in Weitzsch, 4 Abendkommunion im Weitzsch des Lager, letztere nur für Weitzschiner Parochianer. Anmeldung vorher ist nötig. Voranzeige: Am Hl. Abend (4. Advent) ist 4 Uhr Christvesper. Kollekte für Bedürftige.
- Kath. St. Barbara-Kapelle, Vestingstr. 9.** 7, 8 Frühmesse, 9 Hochamt mit Predigt, 4 Jungmännerverein, punkt 7 Frauenbund mit Vortrag, Dienstag 7, Mittw. keine, sonst 7, 8 hl. Messe.

Weißes Kleid | **Dampfmaschine**
gefunden. Abgehoben bei | unterhalten, zu verkaufen
Philipp, Bismarckstr. 11a. | Weitzsch 71. Tel. 785.

Kriegerwitwe

34 Jahre alt, mit 3 schulpflicht. Kindern, möchte sich gern wieder alljährlich betheiligen. Werte Off. unt. S J 9769 an Tagelbl. Wiesa.

Osternädchen
welch. Liebe 3. Kindern hat, w. als Stütze d. Hausfrau auf Land gesucht.
Waderau, Georgstr. 2.

Ausbefferfrau
oder -fräulein für sofort gesucht. Off. unt. S L 9761 an das Tagelbl. Wiesa.

Rechte, Wägel, Oberd.
sucht Fr. Zeila, Waderau

Schaukelpferd
zu verk. durch Sademann.
Bismarckstr. 54, 5th.

Skier
zu kauf. gesucht. Sofortige Preisangebote u. S K 9762 an das Tagelbl. Wiesa.

S. = Mantel 3. v.
Gröba, Ublemannstr. 7. p.

Verkauf im Auktions

büro
1 Kleiderschrank
Glasschrank
Rommode, Brotschrank.
Stühle, verschied. Küchen-
geräte, 1 falt. neue John-
Volldampfwaschmaschine
Kassentrommel
zum Brennen,
2 Öfen, verschied. andere.
A. Werner, Marktstr. 12.



erbältl. bei Reichs-Abth. Hugo Banabel, Schulstr. 1

Für meine Niederlassung in Wiesa a. G. lade ich zum Eintritt bis spätestens 1. Jan. 1923 einen älteren, erfahrenen

perfekten Buchhalter
möglichst aus der Baubranche. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild an
Fr. W. Kämper jr.
Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau
— Randorf-Baukammer. —

Geiz. Catawag u. Weite
zu verkaufen
Bismarckstr. 11a, 1. r.
Ueberzieher
für 15-17 Jähr. Vorziehen
verf. Bismarckstr. 18, 8C.4.

Ein komplettes
Schlafzimmer

Globe gemalt, m. steilem Kleider- u. Wäscheschrank, verkauft Fritz Murab, Tischlermstr., Neu-Weida. Zu kaufen gesucht gedr. oder gutbehaltene kleine

Wäschemangel
ob. Tischmangel, sowie ein Diplomaten-Schreibisch möglichst Globe. Angebote mit Preis unter S K 9768 an das Tagelbl. Wiesa.

Guterhaltenes Piano
oder Tafelklavier
per Kasse z. kaufen gesucht. Offerten unter S K 9760 an das Tagelbl. Wiesa.

Dampfkecherei
Reinigungswerk
Max E. Träger
Großenhain.

Annahmestelle
Riesa, Wettinerstr. 19
Rieser Damenbühlager.

Felle!
Rauin-
Oafen-
Siegens-
Wibbelle
kauft zu Tagespreisen
Hilmsert
Str. 2.

Otto Weibner

**Christ-
bäume**
empfiehlt
Gärtnerlei Weida.

Eine Mandoline
und Catawag mit Weite für kleinere Version höchst preiswert zu verkaufen. Zu erf. im Tagelbl. Wiesa

Weihnachtsstimmung in Dresden.

Dresdner Brief.

Und es ist im Jahre des Unheils 1922, da es wieder Weihnachten werden will. Und wieder, wie früher auch, klingt in vollen Akkorden über die Stadt: Weihnachten, über die Stadt und in jedes Herz hinein. Verwandt ist alles, auf nächsten Wegen ist der Wald zu uns gekommen. Ganze Reihen dunkelgrüner Tannen und Fichten stehen auf Plätzen und Straßen und mischen ihren Duft mit den Gerüchen der Großstadt, die doch sonst gerade keine angenehmen sind.

Es riecht nach Weihnachten! Ja, so sagte man wohl früher einmal, wenn aus jedem Fenster, aus jeder Haustür der eigentümliche Duft frischgebäckerter Stellen hervorströmte. Aber jetzt! Wer wird wohl so glücklich sein, in diesem Jahre dieser lieblichen Gewohnheit der Dresdnerinnen zu fröhnen? Und doch sehe ich da einige Hausfrauen gar pfiffig schmunzeln. Wissen sie doch, daß sie bereits vor der Weihnachtsfeier unserer Lebensmittelpreise ihre Vorräte für Weihnachten beiseite geschafft haben. Denn ohne Dresdner Christstollen hat ja das Leben überhaupt keinen Wert! — Wohl, ihr müßt euch freuen, aber in der Rinderzahl seid ihr Vorsichtigen doch. Fröhlich und stolz geht ihr mit breitgepreizten Armen, die das schwerbeladene Ruchendrett tragen, vom Bäcker heim. Laßt euch so gern bewundern von Nachbarn und Vorübergehenden. Auch steht man und denkt: Nun ja, so schlimm kann es ja noch nicht sein, trotz aller Teuerung! — Niemand aber schaut in Augen und Seele der vielen, die abseits stehen. Wie sehr hängt doch die Weihnachtsstimmung vom Wollen ab, mehr als jeher heißt.

Und so wird es auch bei uns in dieser Zeit verstärkter Gegenätze mehr neidvoll hungernde Menschen geben als früher, und hat der früher genießenden, daneben die Praiser und Schlemmer.

Und doch ist die Kaufstimmung groß. Weihnachten reizt zum Geben, und die Erwägung, daß unser Geld ja doch keinen Wert besitzt, lockt Vätern und Müttern, Gatten und Bräuten, Brüdern und zärtlichen Vettern mehr Scheine aus den Brusttaschen, als sie gewollt. Heute ist ja noch heute! Das unsichere Zukunftsbild lockt, bestimme den Augenblick zu genießen. So sehen wir trotz schwindelnd hoher Preise die Theater gefüllt, so drängt eine weihnachtsfrohe Menge in die lodenden Weihnachtsverkaufsmessen und durch die Reihen der Buden, die noch allem Brauch sich zu Füßen großer Brunnhäuser angeordnet haben; so sehen wir hier einen Vater sorglich den Puppenwagen heimzuführen, dort eine Mutter um ein Schaufelweib feilschen. Die Beichtstimmigen jonglieren mit ihren Tausendmarkscheinen und fühlen sich, die früher kaum noch einen braunen Kappen gesehen, geschworene ausgegeben haben, als neue Rothschilds; die Vorsichtigen aber denken an Kohlen- und Mehlsteigerung, und die unheimlichen Krallen geben für alle Gesehenswürdigkeit ein Schmerzwort.

Über müssen es denn enorme Ausgaben sein, um das schönste deutsche Familienfest zu schmücken? Den Armen gehört das Dimmereich, weis große Weisheit und Wahrheit liegt in diesem Wort, und bringt auch die böse Zeit manch schlimme Erscheinung mit sich, und läßt sie häufige Eigenschaften im Menschen aus, das Gute lehrt sie den überfülligen Großstädtern doch, daß im schlichten Erhalten, im Klappen am Reich des Lebens mehr Genug liegt, als man sich ausdient bis auf den Grund.

Und näher, immer näher rückt der Tag des feierlichen Gebens. Weihnachtlich hat Herr Winter die Stadt ausgeputzt und so ist es uns jetzt am liebsten. Das Getriebe der Geschäftswelt ebbt ab, es wird still und dunkel. Nur aus den schönen alten Kirchen tönt gelbes Licht, hallen feierliche Orgelmäße. Die Weihnachtsmessen, ein Genus für Gläubige und Ungläubige, haben begonnen, und von den Türmen hallt es: Friede auf Erden!

Regina Perthold.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenbillett der Stadttheater. Übernahm 17. Des. Rosenkranz. 6-10. 18. Der Barbier von Sevilla 1/8. Kein öffentl. Kartenverf. 19. Figaros Hochzeit. 7. Kein öffentl. Kartenverf. 20. Mörder, Hoffnung der Frauen. Urtel. Verurteilung. 7. 21. Othello. 7. 22. U. Sinfonie-Konzert, Reihe B. vorm. 12 öffentl. Hauptprobe. 23. Die Bohème 1/8. 24. geschlossen. 25. Parifal. 6. 26. Parifal 5. Schauspielhaus: 17. Der Widerspenstigen Zähmung. 1/8. 18. Der Wuppensucher. 1/8. 19. Und Wippa tanzt. 1/8. 20. Der Wuppensucher. 1/8. 21. Der König. 1/8 für die Sonnabendabende des 23. Dezember. 22. Der Wuppensucher. 1/8. 23. Außer Abonnement, zum ersten Male, Die Wolareille. 1/8. 24. geschlossen. 25. nachm. 2 Uhr, Der Wuppensucher, abends 1/8 außer Abonnement, Propetien. 26. nachm. 2 Uhr, Der Wuppensucher, abends 1/8 außer Abonnement, Wolareille. Der Film Steinach'sche Forschungen. Die Filmoberprüfungstelle in Berlin hat vorgestern den von der Ufa hergestellten Film: „Steinach'sche Forschungen“ zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Die Weihnachtsfreude

Jeder Kunde erhält einen Jahreskalender

In Haus und Familie wird in heutiger Zeit erhöht durch praktische Weihnachtsgeschenke jeder Art. Die Bevorzugung dieser Artikel geschieht infolge der täglich steigenden Preise und bilden diese Waren ein Wertobjekt für eine weitere Entwertung unserer Währung.

Wir sind immer noch in der Lage, unsere Kundschaft im Verhältnis zur Teuerung vorteilhaft zu bedienen und empfehlen wir für die kommende Zeit:

Gardinen, Meterware
Künstliger Gardinen, engl. Tüll
Künstliger Gardinen, Erbstüll
Künstliger Gardinen, Madras
Tüllbettdecken
Tischdecken
Chaiselonguedecken
Kissenplatten

Damen-Schürzen, Blusen-Form
Damen-Schürzen, Wiener Form
Damen-Hemden, Achselschluß
Damen-Hemden mit Arm
Damen-Strümpfe und Handschuhe
Jumper, Kimonos, Strandjäckchen
Damen-Strickjacken
Damen-Mäntel, Röcke, Blusen

Herren-Oberhemden
 in prachtvollen Mustern
Herren-Krawatten
 in Seide und Kunstseide
Herren-Einsatzhemden
Herren-Normal-Unterwäsche
Herren-Handschuhe, Socken
Herren-Rodelgarnituren, Schals

Sonntag, den 17. und 24. Dezember geöffnet von 11 bis 6 Uhr.

Kaufhaus Albert Tropolowitz Nachf. - Riesa.

Mittwoch, 20. Dezember 1922 - Stern

Weihnachtsspiel

Nach deutschen Volksschauspielen und -liedern bearb. von Karl Plezatz, aufgeführt von Schülern und Schülerinnen der Oberrealschule. - Leitung: Iwan Schönebaum.

1/4 Uhr Nachmittagsaufführung. Nicht-numerierter Plätze 60 M. für Erwachsene, 15 M. für Schüler

8 Uhr Abendaufführung. Numerierter Parkett 100 und 60 M., nichtnumerierter Saal- und Galerie 40 M.
 Alle Eintrittspreise einschließlich Steuer.
 Vorverkauf Buchhandlung Munkelt.

Gelegenheitsdichtungen

verfaßt
Martha Grundmann, Lommabach.

Für die vielen Beweise der Liebe und die großen Ehrungen, die uns beim Heimgegangenen unserer geliebten unversehrt. Mutter **Frau G. verw. Häseberg** zuteil geworden sind, sagen wir hierdurch allen unseren wärmsten Dank, insbesondere auch für die tröstlichen Worte am Grabe der Heimgegangenen.
 Riesa, 15. Dezember 1922.
 Die trauernde Familie Hermann Häseberg nebst Verwandten.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgegangenen meiner lieben Gattin, unserer treuherzigen Mutter, Tochter, Schwägerin und Tante, Frau **Anna Kern geb. Rasche** sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank. Dank auch denen, die uns in den schweren Tagen zur Seite standen, besgl. für die Trostworte und die erhebenden Gesänge am Grabe. - Dir aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht“ in die Ewigkeit nach.
 Riesa, am 13. Dezember 1922.
 Der trauernde Gatte nebst Kindern und Mutter.

Beim Heimgegangenen unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau **Ulwine Louise Geißler** in Reithain sind uns durch Wort, Schrift und Blumensträuße sehr viel Beweise herzlicher Anteilnahme zugegangen. Wir danken allen nur hierdurch.
 Riesa, 14. 12. 1922.
 Für die Hinterbliebenen: Orieß, Postmeister.

Vereinsnachrichten

Orphen. Sonnabend, 16. 12., 7 Uhr abends im Hotel Döpfer Kam.-Abend u. Weihnachtsfeier mit Kindern (Märchenpiel). Anschl. Tänzen. **Verein Orphen. und Vokal.** Die Landsleute werden darauf aufmerksam gemacht, daß Schulfest am dem am 17. 12. 22 nachm. 6 Uhr im Hotel Döpfer stattfindenden Stiftungsfest, bestehend in Theater und Ball, keinen Zutritt haben. Für die Kinder findet während der Weihnachtsferien eine nochmalige Aufführung des Weihnachtsmärchens statt.

Rieser Sportverein e. V., Gedenk-Abt. Sonntag früh 1/7 am Bahnhof a. Verbandspl. n. Dresden. N. d. S. 17. 12. 3 Uhr Weihnachtsbeih. II. Sternl.

Der Verein

Rheinisch-Westf. Landsleute

feiert am Sonntag, 17. Dezember, im Saale der Elbterrasse sein

2. Gründungsfest.

Aufführung 7 Uhr. Anfang Punkt 8 Uhr.

Die Mitglieber nebst Angehörigen werden hierzu eingeladen. Freunde u. Gönner des Vereins sind ders. willkommen. Der Vork.

Konzerthaus, Altschatz

Telefon Nisch 224 - Jugoverbindung Riesa-Ostsch - Größtes Familien- und Ball-Saal. - Jeden Sonntag keine Tanzmusik vom Stadtorchester. - Intimer Tanzdielenbetrieb.
 Erachtet Max Kühne.

Kühne's

Sonnabend, 16. Dezember

Gasthof Reußen, Ballmusik, Anfang 7 Uhr.

Gasthof Grödel.

Sonntag, 17. Dezember, von 6 Uhr an

öffentl. Ballmusik.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, 17. Dezember

großes Preis-Skaten.

2 Serien, Anfang nachm. 8 Uhr und 6 Uhr abends. Hierzu ladet alle Statistiker freundlich ein
 Oskar Gähler.

Ein- u. Verkaufsgeschäft Schlossstr. 19

Sonnabend, 16. 12., geöffnet.

Einige billige Herren- und Damenkaffe gelangen zum Verkauf.

Hühneraugen werden Sie sicher los durch **Hühneraugen-Labwohl**

Gornhaut auf der Fußsohle beseitigt **Labwohl-Ballon-Scheiben.**

Kein Werrutschen, kein Festkleben, Strumpf.

Wilh. Moris Berg, Bahnhofstr. 13.

Für den Weihnachtstisch

bietet sich Ihnen jetzt noch Gelegenheit, Ihre

in **Schafwolle** erstklassige Strickgarne

einzutauschen.

Nach am Sonntag, 17. 12., anwesend.

H. Klinge u. Gebr. Bopel

dauernd im G. d. d. Stadt Zeithain, Riesa, Sandstr. 58.

Nur 6 Tage! Montag, d. 11. bis **Sonnabend,** den 16. Dezember. **Nur 6 Tage!**

Kaufe

Brillanten, goldene Uhren, Ketten, Trau- und Fingerringe, sowie Silberfächer, Kessel, Bestecke, Schalen, Zahnreiner, Zuckerboxen, goldene und silberne Zigarettenetui, sowie Zähne und künstliche Gebisse, Brennklöppe, Platin usw.

Strengste Discretion. - Reelle Bedienung.

Emil Kaluscha, Schloßstraße 19 (im Laden)

- 1 Minute vom Albertplatz. -

Auch Sie!

können für unsere Armen, ohne nur einen Pfennig auszugeben, dazu beitragen, daß den Vermögenden der Armen eine Weihnachtsfreude bereitet werden kann. Bringen Sie bis 23. Dezbr. alle Ihre Lumpen, Altbier, Zeitungen und alte Bücher zum Verkauf bei

S. J. Bertel

Bahnhofstraße 10, links.

Bertel verpflichtet sich, für jedes gekaufte kilo Lumpen oder Papier 10,- für die Armen abzuliefern!

Nicht können, auf gar Tat, die Not ist groß!

Weihnachtsbitte!

Die große Not, die in unserem Vaterlande herrscht, drückt nicht zum wenigsten die von ihren Heimstätten Vertriebenen.

Unsere Landsleute im Heiligen Lager werden mit Wehmut an die Weihnachten zurückdenken, die sie früher im eigenen Heim im Kreise der Familie feiern durften.

Es ist unsere Pflicht, diese armen vom Schicksal so schwer Betroffenen aufzurichten und zu versorgen, ihnen eine frohlichere Stimmung beizubringen, damit sie den Mut und die Zuversicht auf eine bessere Zukunft nicht verlieren.

Ich bitte alle edel denkenden Menschen, meine Bitte nicht zu vergessen und mich durch Zuweisung von Gaben aller Art gütig unterstützen zu wollen.

Die Annahme der Spenden erfolgt täglich in der **Geschäftsbarade 1, Deutsches Hotel Riesa.** Weihnachtsfeier findet am 20. 12. 22 statt.

Der Kommissar des Roten Kreuzes im Heimkehrerlager Zeithain i. Sa.

Saatkartoffeln

Uptodate | Sandware, an-
 Kuokuok | erkannt 1. Absatz

Gute Spelsekartoffeln

empfeht getrennt- und waggonweise

H. Gruhle.

H. Schürich, Reblau,
 Goldbach, Ceraal,
 Javelles,

frische grüne Gerlinge.

Clemens Bürger.

Freibank Riesa.

Sonnabend, 16. 12. 1922

50 Rila an der Elbe.

Feine Wäsche wird schnell u. sauber gebügelt **Bismarckstr. 11. 1. r.**

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN

AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtdienst mit eigenen Dampfern. Amerikaner vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Höhere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER

LOYD

• BREMEN •

und seine Vertretungen

in Riesa:

Wilhelm Frenzel Nachf.

Wettlinerstrasse 2

Gasthof z. Hock, Hagelwitz.

Sonntag, den 17. Dezember

öffentliche Ballmusik.

Es ladet ergebenst ein

Wag Robisch.

Gasthof Lichtentee.

Sonntag Ballmusik.

Gasthof Wälsch.

Sonntag, den 17. Dezember

schneidige Ballmusik.

Anfang 6 Uhr.

Gasthof Leutewitz.

Sonntag Ballmusik.

Die heutige Nr. umfaßt

6 Seiten.

Hierzu Nr. 50 des

„Trübler an der Elbe“.

Die Finanzreform der Gemeinden.

Durch das Landessteuergesetz soll endlich den Gemeinden Rettung vor dem drohenden Finanzzusammenbruch gebracht werden. In seiner Frage herrscht heute wohl in Deutschland so weitgehende Meinungsübereinstimmung wie darüber, daß die kommunale Selbstverwaltung unter dem heutigen System der Steuererhebung nicht mehr weiterzuführen kann. Gewiß ist es verständlich, daß nach der großen allgemeinen Katastrophe, die dem Abschluß des Friedens von Versailles folgte und folgte mußte, das Reich zunächst einmal für sich selbst sorgen und alle nur irgendwie erreichbaren großen Einnahmemeasures an sich ergreifen. Aber wenn es das tat, mußte es auch dafür Sorge tragen, daß ein genügender Teil des Steuerertrags den Gemeinden überlassen würde, damit diese wenigstens notwendig ihr Dasein fristen konnten. Daß das nicht geschah, war einer der großen Fehler der Reichsfinanzreform, die sich nun einmal, ob mit Recht oder mit Unrecht, an den Namen Erbsenberger knüpft. Man nahm für das Reich, was man erhaschen konnte und überließ die Gemeinden ihrer Vein und ihren Schulden. Der völlige Verfall, dem infolgedessen die Finanzen der deutschen Gemeinden entgegenüberstanden, hat auch dort zu einer Schuldenwirtschaft geführt, die den Kredit nicht nur der Gemeinden, sondern auch den des Reiches, das es soweit hat kommen lassen, in verhängnisvoller Weise untergraben muß. Einer der bekanntesten deutschen Kommunalpolitiker, der Hittauer Oberbürgermeister Dr. Rühl, hat den ungeheuren Fehlbetrag in den Haushalten der deutschen Gemeinden auf zweihundertvierzig Milliarden Mark geschätzt. Wahrscheinlich bleibt diese Zahl aber nicht unerheblich hinter der Wirklichkeit zurück.

Wenn die Reichsregierung sich jetzt endlich entschlossen hat, durch Einbringung des Landessteuergesetzes eine Neuverteilung der Steuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorzunehmen, so tat sie damit nur etwas, was sich nicht länger aufschieben ließ, wenn nicht die deutschen Gemeindeverwaltungen mit lebenden Augen dem Bankrott entgegengetrieben werden sollten. Was die Regierungsvorlage an Reformen vorschlügt, bedeutet keineswegs eine Neuordnung, keine Wiedergutmachung der Sünden der Reichsfinanzgeschichte. Den Gemeinden wird nicht etwa die ihnen genommene Finanz- und Steuerhoheit zurückgegeben, sondern es wird ihnen nur ein höherer Anteil an dem Reichssteuerertrag als bisher gewährt. Von den grundlegenden aller direkten Steuern, der Reichseinkommensteuer, sollen statt bisher zwei Drittel, in Zukunft drei Viertel den Ländern und Gemeinden überwiesen werden. Das bringt für die letzteren keineswegs einen Erlaß für das ihnen genommene Recht, selbständig Zuschläge entsprechend ihrem Bedarf auf die staatliche Einkommensteuer zu erheben. Stärker fällt die Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer auf, wovon bisher nur ein Drittel, nunmehr die Hälfte der Umsatzsteuer auf die Gemeinden entfällt, denn die Umsatzsteuer bringt bei der rohen Form ihrer Erhebung und der schnellen Anpassung der Steuerertrags an die Geldbewertung recht große Erträge.

Aber die Erhöhung des Anteils der Gemeinden soll nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Umsatzsteuer auf zweieinhalb Prozent des Umsatzes heraufgesetzt wird. Hiergegen sprechen gerade bei dieser Steuer gewichtige volkswirtschaftliche Bedenken, an denen der Reichstag nicht leichtem Herzens wird vorübergehen dürfen. Endlich soll den Gemeinden für den Verbrauchsanteil an Befoldungszuschüssen, der ihnen seit dem 30. September 1921 erwachsen ist, durch das Reich zu drei Vierteln Ersatz geleistet werden. Darüber hinaus wird den Gemeinden vom Reich zugesichert, daß ihnen keine neuen Aufgaben mehr übertragen werden sollen, aus denen ihnen Mehraufgaben erwachsen, ohne daß ihnen die erforderlichen Mittel vom Reich zur Verfügung gestellt werden.

Hier handelt es sich zweifellos um ein durchaus gesundes Prinzip, das gelohnt ist, das gegenseitige Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden auf eine gesündere Grundlage zu stellen. Nirgends dürfen neue Ausgaben beschlossen werden, die den anderen belasten oder verpflichten, wenn nicht gleichzeitig für Deckung Sorge getragen wird. Man wird von den Gemeinden, nachdem das Reich ihren notwendigen Geldbedarf einigermaßen sichergestellt hat, sogar noch mehr verlangen dürfen: Auch sie sollen keinerlei Ausgaben mehr beschließen, ohne gleichzeitig für die Deckung Sorge zu tragen, auch wenn dabei das Reich oder die Länder nicht in Mitleidenhaft gezogen werden. Wenn das Reich eine Finanzreform der Gemeinden durch Erhöhung der Einnahmen derselben durchführen soll, so muß es sich auch Sicherheit dafür schaffen, daß nun nicht durch leichtsinnige Ausgabenwirtschaft in den Gemeinden die Vorteile der Finanzreform wieder in Frage gestellt werden. Wenn das Reich die Gemeinden finanziert, so muß es diese auch zu sparsamer Wirtschaft verpflichten.

Vorl. Reichswirtschaftsrat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Dr. Ing. Sorge Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie folgende Erklärung ab:

Ich erlaube die Gelegenheit, hier im Plenum des Reichswirtschaftsrats gegenüber wirren Stellungnahmen über die Stellung der Industrie zur Regierung, die durch die Blätter gehen und meines Erachtens mit ihrem zum Teil widersprechenden Inhalt nur nachteilig auf In- und Ausland wirken können, festzustellen, was diesen Gerüchten an Tatsachen zugrunde liegt.

Die Nachricht über einen von mir nachgesuchten resp. ausgeführten Besuch beim Reichsminister ist unrichtig. Ebenso sind die Einzelheiten einer angeblichen Unterhaltung, die gelegentlich dieses Besuches stattgefunden haben soll, nicht oder wenigstens nur zum geringen Teil zutreffend. Eine Unterhaltung zwischen dem Reichsminister und mir hat gelegentlich der ersten Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrats vorgefallen hier stattgefunden. In ihr wurde auch die bekannte erste Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ angelesen. Ich erklärte, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie dieser Notiz vollkommen fernstehe. Ich fügte weiter hinzu, daß der Reichsverband es für seine Pflicht halte, die Regierung in der jetzigen schwierigen Lage Deutschlands zu unterstützen; die Industrie sei auch bereit, an jeder Lösung, die eine bessere Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verspricht, mitzuwirken.

Ich halte mich für verpflichtet, diese Erklärung hier abzugeben, weil ich Gerüchte, welche eine Dissonanz zwischen Regierung und Industrie konstruieren wollen, nicht nur für verwerflich, sondern geradezu für ein Verbrechen am Vaterland halte. (Sehr richtig, Bravo, sehr gut!)

Gesichtspunkte über Arbeitszeit

Fast zu jedem einzelnen Paragraphen liegen Änderungsanträge vor, welche längere Aussprache hervorgerufen. Beim § 4 wird auf Arbeitsgeberantrag ausdrücklich festgestellt, daß das Gesetz keine Anwendung auf amtliche Arbeitsverträge und Nebenberufe der Hand- und Forstwirtschaft findet.

§ 5 bestimmt, daß die Arbeitszeit ausschließlich der Frauen 8 Stunden nicht überschreiten darf; etwas Arbeits-

Erklärungen Bonar Law's.

Englands Haltung in der Reparationsfrage.

Im englischen Unterhause erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne seiner Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben würde, daß keine Reparationen geleistet werden, und die es schwieriger, wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zeit zu einem Meinungsaustrausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden. Bonar Law beantwortete eine Reihe von Fragen, die sich auf die Art der Kontrolle als Grundbedingung für ein Moratorium an Deutschland, die Haltung Englands gegenüber einem etwaigen selbständigen Vorgehen Frankreichs und die Stellung der Reparationsfrage zur Frage der interalliierten Schulden bezogen. Er sagte, er teile nicht die französische Ansicht, die furchtbare Inflation in Deutschland sei vorläufig. Nach britischer Auffassung müsse man nach der besten Methode fragen, um aus Deutschland den Betrag herauszuholen, den es bezahlen solle. Wenn Deutschland sich wieder erhole, werde es ihm leichter sein, die Entschädigung zu zahlen, als es Großbritannien sein würde, seine Schuld an Amerika zu begleichen. Die Verurteilung des Mittelstandes in Deutschland sei ein furchtbares Unheil; aber wenn Deutschland sich wieder erhole, werde es frei sein von der furchtbaren Last der innern Schuld, wie sie auf Großbritannien lafte. Die einzige Aufgabe sollte die Erzeugung sein, wie man eine legitime Schuldforderung in befriedigender Weise einziehen und gleichzeitig der übrigen Welt und Deutschland möglichst wenig schaden könne. Es bestehe fast keine Hoffnung auf Lösung der furchtbaren Schwierigkeiten Europas, wenn nicht Großbritannien und Frankreich gemeinsam handele. Im weiteren Verlaufe seiner Erklärungen im Unterhause bezeichnete Bonar Law es als tragisch, daß es zweifellos ohne Stabilisierung der Mark keine Besserung für Deutschland geben kann, daß aber nach Ansicht aller Sachverständigen der Versuch einer Stabilisierung den Zusammenbruch der Industrie herbeiführen werde. Lieber das Ruhrgebiet oder andere Gegenden, die auf der Pariser Konferenz behandelt werden könnten, könne er nichts Abschließendes sagen. Jedes Zugeständnis in der Schuldentragung werde höchstwahrscheinlich eine endgültige Abmachung bedeuten, insofern die ganze Frage nicht wieder angeht werden würde. — Ramsay MacDonald erklärte, wenn Deutschland nicht wieder Handel treibe, werde es keine Reparationen geben. Deutschland werde zweifellos bankrott werden, wenn es nicht sorgfältig behandelt werde. Frankreich und Großbritannien würden ihre Erwartungen über das, was sie von Deutschland zu erhalten hätten, sehr wesentlich herabsetzen müssen. Lloyd George und die folgenden Redner sprachen ihre Befriedigung über die Erklärungen Bonar Law's aus.

Vor der Aussprache in der französischen Kammer.

Vor Beendigung der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wies der Präsident darauf hin, daß der Tag der Beratung der über die Londoner Konferenz eingebrachten Interpellationen der Abg. Daudet, Forgeot, Moniet und Cahin festgelegt werden müsse. Poincaré teilte mit, er werde zu Beginn der heutigen Sitzung eine kurze Erklärung abgeben, der er jedoch nichts hinzufügen könne, da die diplomatischen Verhandlungen im Gange seien. Er überlasse es also der Kammer, ihre Tagesordnung festzusetzen. Abg. Daudet verlangte für die heutige Verhandlung vorzugsweise Erörterung der neu eingebrachten Interpellationen. Dem gegenüber hielt sich Carliens auf dem Standpunkt, daß die vor vier Wochen unterbrochene Interpellationsdebatte in alter Reihenfolge fortgesetzt werden müsse. Die Kammer schloß sich mit großer Mehrheit der Ansicht Carliens an. Die heutige Nachmittagsitzung beginnt um 3 Uhr.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des französischen Senats erklärte Poincaré auf die Frage des Senators Gaudin de Villain, ob er zu einer möglichst baldigen Diskussion seiner Interpellation bereit sei, er glaube nicht, daß die öffentliche Meinung Anlaß zur Erregung habe, wie der Senator behaupte. Er werde vor der Kammer, wo die Beratung früher als im Senat beginne, sich ausdrücken. Aber er sei bereit dem Senator am nächsten Donnerstag zu antworten. Er wies jedoch darauf hin, daß seine Ausführungen ungedrungen ziemlich direkt ausfallen müßten in Anbetracht des Umstandes, daß die Verhandlungen zur Zeit noch im Gange seien. Die Diskussion der Interpellation Gaudin de Villain wurde daraufhin auf Donnerstag, den 21. Dezember, angelegt.

ausfälle an einzelnen Werktagen oder Tagen vor Festtagen können durch entsprechende Verlängerung an anderen Tagen ausgeglichen werden. Jedoch darf die Gesamtzahl der Stunden nur 48 wöchentlich betragen. — Die Arbeitgeber gaben dem § 5 eine vollkommen neue Fassung, in der sie fordern, daß die bloße Arbeitsbereitschaft nicht als Arbeitszeit gilt und daß außerdem Verbot zu Vorbereitung- und Aufräumarbeiten täglich bis zu einer Stunde herangezogen werden können.

Trotz des heftigsten Widerstandes der Arbeitnehmer in dieser Frage wird dem Antrag der Arbeitgeber auf Nichterwähnung der Arbeitsbereitschaft in die Arbeitszeit mit 102 gegen 100 Stimmen zugestimmt. Die Wiederbeschäftigung der Verbliebenen wird mit 103 gegen 97 Stimmen ebenfalls beschlossen.

Damit sind die grundlegenden Paragraphen im Sinne der Arbeitgeber beschlossen. Nach Erledigung einer Reihe weiterer Paragraphen vertagte sich das Haus auf Freitag vormittag 11^{1/2} Uhr. Schluß nach 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 14. Dezember.

Das Gesetz zur Regelung der in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen wird in dritter Lesung mit einem Antrag Siebel (Soz.) auf Deraufhebung der Gehaltsgrenzen angenommen.

Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Abg. Dr. Gerk (Soz.) berichtet über die Verhandlungen und Beschlässe des Ausschusses.

Abg. Dr. Pöflich (Dnat.) nennt diese Berichtserstattung einseitig und agitatorisch. Der Anteil des Kapitals am gesamten Volkvermögen sei erschreckend zurückgegangen. Die Kapitalertragsteuer werde 2 Milliarden bringen, die Einkommensteuer 100 Milliarden Papiermark. Es sei nicht wahr, daß nur Gehalts- und Lohnempfänger sofort 10 Prozent Steuern abgeben müßten. Wer Einkünfte aus Hypotheken, Aktien usw. beziehe, müsse sich den Abzug ebenso gut gefallen lassen. Nebenbei liege es bei der Körperlichkeitssteuer. Reigen Sie uns den Weg, die Schieber zu fassen, wir wollen ihn mitgeben. Die freien Berufe dagegen bedürften bei ihrer schlimmen Lage einer arroken Schonung.

Amerika bleibt nicht untätig.

„Times“ meldet aus Washington vom 13. Dezember, daß die amerikanische Regierung alles Mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustande zu bringen. Präsident Harding wüßte darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht untätig verhalte. Er habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, die französische, und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen. Das Weiße Haus und das Staatsdepartement wollen indessen nichts weiter als diese allgemeine Erklärung abgeben. Sie halten die Lage für so heikel, daß die größte Zurückhaltung notwendig ist.

Wie die „New York Times“ aus Washington erzählt, stimmt Bonar Law's Wunsch, die Reparationsfrage mit einiger Rücksicht auf endgültige Lösung zu erledigen, mit den Ansichten der Regierung Harding's überein, welche von Anfang an sich den Willkürlichen Standpunkt annehme, daß die Reparationen auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands endgültig festgelegt werden sollten. Aus Realpolitikgründen verleiht, daß der Einfluß der amerikanischen Regierung auf jede ihr zuzuführende Weise weiterhin in der Richtung eines Ausgleichs der Ansichten in der Reparationsfrage geltend gemacht werden wird.

Einer Meldung der „New York World“ aus Washington zufolge ist über den Gegenstand der Unterredung, welche Morgau am Mittwoch gelegentlich seines Besuches im Staatsdepartement hatte, keine Information zu erhalten. Angesichts der Erklärungen aber, die Morgau in Paris abgegeben hat, findet die Vermutung Glauben, daß Amerika nach einer Grundlage für einen Vorstoß über eine Anleihe Deutschlands sucht, den es der Konferenz der Premierminister im Januar vorlegen will.

Neuer meldet aus Washington: Das Mitglied des Repräsentantenhauses Burton, der der Schuldenübernahme-Kommission angehört, gab in einer Rede vor der Kredit-Vereinigung der Hoffnung Ausdruck, daß die Tragung des „Ghoss“ und des Zusammenbruchs, die über der Welt hänge, sich zerbrechen möge. Für Europa liege das Heilmittel nicht in der Annulierung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten, sondern in der Annahme einer angemessenen Steuerpolitik, in der Herabsetzung der militärischen Ausgaben und der Schaffung vernünftigerer und feinerer Beziehungen anstelle des gegenwärtigen Mißtrauens und der Feindseligkeit. Burton gab der Ansicht Ausdruck, daß es besser sei, wenn seine harten Bestimmungen über die Zinssätze und die Anleihebedingungen gelockert würden. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ sagte Burton in seiner Rede über die internationalen Schulden weiter, nach seiner Ansicht könnte es Deutschland keineswegs erlassen werden, den höchsten seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Reparationsbetrag zu zahlen. Aber es sei auch nicht wünschenswert, das deutsche Volk zur Armut zu erniedrigen oder ihm und seinen künftigen Generationen eine denart drückende Last aufzuerlegen, daß es sich ihrer nicht erheben könne. Für die Vereinigten Staaten wären die besten Grundzüge, um Europa zu helfen: überall offene Türen, gemeinsame Verwaltung der internationalen Verkehrswege und Nahrung von Schiedsgerichten bei internationalen Streitigkeiten.

Zu Bergmanns Auskunft in Berlin.

Staatssekretär v. T. Bergmann, der voraussichtlich heute vormittag in Berlin eingetroffen ist, wird alsbald nach seiner Ankunft in einer Kabinettssitzung über seine Eindrücke und Verhandlungen in London Bericht erhalten. Von den Mitteilungen Bergmanns wird es abhängen, ob und wie weit die deutsche Regierung zu ihrem in London überreichten Reparationsplan noch neue Ergänzungsmaßnahmen machen wird.

Das „Berl. Tagebl.“ bezeichnet seine gekürzte Meldung, daß der Reichsverband der deutschen Industrie beschließen, von sich aus der Regierung positive Pläne zum Reparationsproblem zu unterbreiten, als unzutreffend.

Die Sühnemillion überreicht.

Die Sühnemillion, die Deutschland als Sühne zu bezahlen hatte, ist den verbündeten Regierungen übergeben worden. Die Pariser Wiederkonferenz nahm gestern Kenntnis von der deutschen Note über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt.

Die Novelle sei nur eine Anpassung der Steuer an die Geldbewertung, nicht aber ein Abbau der Einkommensteuer. Abg. Rahmann (Soz.): Während Löhne und Gehälter im günstigsten Falle um das Drei- bis Fünfhundertfache steigen seien, seien die Preise durchschnittlich auf das Acht- bis Hundertfache anzuwachsen. Redner fordert scharfe Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Wenn zahlreiche Unternehmer zwar den Angelegten die Steuern pünktlich einbezahlen, sie aber erst mit großer Verzögerung abliefern, so arenat das an Betrug. Jedenfalls erscheint die Lohnsteuer unzureichend gegenüber den Selbsteinküßern, aber kurz oder lang werden sich die Lohnempfänger weigern, den Steuerpfeitel für die Selbsteinküßer zu spielen. Auf keinen Fall darf die Einkommensteuer jetzt für die Wohlhabenderen abgebaut werden. Wir beantragen die Erhöhung der Werbungskosten auf 162 000 Mark und Verdoppelung der Abzüge für Mann und Frau gegenüber den Ausführenden.

Abg. Gönner (S.) befürwortet Änderungsanträge, die vom Zentrum, den Demokraten und der Volkspartei eingebracht sind und die Verteuerungsgrenze von 10 Prozent für 1922 auf 400 000 M. heraufsetzen wollen. Die weitere Staffelung soll sich dementsprechend ändern.

Reichsfinanzminister Dr. Gernig: Eine schematische Anpassung an die Geldbewertung kann nicht das Ziel unserer Steueränderungen sein. Vorläufig ist geboten. Wegen der Länder und Gemeinden muß der Tarif so gestaltet werden, daß aus der Einkommensteuer so viel wie möglich herausgenommen werden kann, was ihnen zugute kommen könnte. Die dem Bestreben genüge die Regierungsvorlage vollkommen.

Abg. Göllein (Komm.) protestiert dagegen, daß das Kapital, das bei der Aushebung der Arbeiterschaft über Weichen gebe, hier bestrafe sei, für sich Vorteile herauszulassen.

Abg. Dr. Gerk (Soz.) wehrt sich gegen den Vorwurf der parteiischen Berichtserstattung. Die Ausführungen des Abg. Gönner widersprechen der Ansicht der christlichen Gewerkschaften. Redner polemisiert sodann dagegen, daß die Demokraten im Steuerausgleich den Großkapitalisten Fischer-Köln als Vertreter hätten. Dieser Mann könne trotz lauterster Absichten die Interessen der Arbeiter nicht vertreten.

Abg. Fischer-Köln (Dem.) erwidert: Wozu die Ermäßigung meines Berufs und meines Tätigkeits? Werfen

Wir diesem oder jenem Sozialdemokraten vor, daß er Arbeiterfreier ist und also nicht die Interessen des gesamten Volkes vertreten könnte? Die ganze Debatte scheint mehr auf Propaganda hinauszulaufen als auf eine vernünftige Voris in der Steuerpolitik.

Nach einer Anzahl persönlicher Bemerkungen der Abg. Dr. Geislerich und Dr. Gerk werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge die Bestimmungen des Artikels 1 in der Ausschlußfassung angenommen. Demgemäß beträgt die Einkommensteuer für 1923 für die erste Million des steuerbaren Einkommens 10 Prozent

.. nächste Million ..	15
..	20
..	25
..	30
..	35
..	40
..	45
..	50
..	55
..	60

Die berechnete Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 M. für den Steuerpflichtigen und seine Frau bei einem Einkommen bis zu einer Million M., um 12000 M. für jedes minderjährige Kind bei einem Einkommen bis zu 2 Millionen. Für Mann und Frau werden je 200 M. monatlich und für jedes minderjährige Kind 1000 M. monatlich vom Steuerbetrag gekürzt. Die zulässigen Abzüge für Werbungskosten usw. betragen 1000 M. monatlich. Der Rest des Gehalts wird nach dem Kompromißantrag der Regierungsparteien, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, angenommen. Die Grenze für die Besteuerung mit 10 Prozent wird demgemäß für 1923 auf 400000 M. statt der vom Ausschluß geforderten 300000 M. hinaufgesetzt.

Die Änderungen zum Gesetz gegen die Kapitalflucht werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Entwurf einer Reichshandelsordnung wird sodann in zweiter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso die Etats Rechnungsbol, Reichsschuld und Allgemeine Finanzverwaltung. Morgen 12 Uhr: Anfragen, Kleine Vorlagen, weitere Nachtragssetats. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Lausanner Konferenz.

Der erste Ausschuss der Lausanner Friedenskonferenz trat Donnerstag vormittag zusammen, um die Verhandlungen über die Winderheitenfrage fortzusetzen. Ismet Pascha beantwortete die Erklärung Lord Currons aus der geführten Sitzung Punkt für Punkt. Er sagte, daß die Stellung der Türkei in der Frage der Winderheiten durch den Nationalpakt festzulegen sei. Lord Curron betonte in seiner kurzen Antwort den persönlichen Geist, von dem die Worte Ismet Paschas getragen seien, und unterstrich besonders die von Ismet Pascha zum Ausdruck gebrachte Absicht der türkischen Regierung, daß sie sofort nach Friedensschluß ihre Aufnahme in den Völkerverbund nachsuchen werde. Der französische Delegierte Barere und der italienische Delegierte Garroni schlossen sich den Ausführungen Lord Currons an und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten der Unterkommision von Erfolg gekrönt sein würden. Wenigstens vertrat den Standpunkt der griechischen Regierung in der Frage der Winderheiten. Nach der Entgegung Ismet Paschas und nach einer kurzen Erklärung von Spalaterowitsch wurde die Sitzung ausgeschrieben.

Die Unterkommision wird ihre Sitzung am heutigen Freitag vormittag beginnen. Nach einer persönlichen Aussprache zwischen Lord Curron und Ismet Pascha scheint festzustehen, daß der Lösung der Frage der Winderheiten keine großen Schwierigkeiten im Wege stehen und daß man bald zu einer Einigung kommen wird.

Zur Erhöhung der Beamtengehälter.

Beim Abschluß der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne erklärte die Vertreter der Epochenorganisationen, sie könnten die von der Regierung bewilligten Erhöhungen nur als Abschlagszahlung ansehen und müßten in einigen Tagen mit neuen Forderungen an die Regierung herantreten.

Das Reichskabinett stimmte in seiner gestrigen Nachmittagsitzung der Erhöhung der Beamtengehälter, wie sie in den Mittwoch-Verhandlungen beschlossen worden war, zu.

Verbraucherorganisationen und Wucherbekämpfung.

Die Epochenorganisationen der Gewerkschaften berieten gestern mit dem Vertreter des Landespolizeiamts Greinitski darüber, in welcher Weise die Verbraucherorganisationen und ihre Mitglieder bei der Wucherbekämpfung tätig sein können. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, als Vertreter der Verbraucher in allen Fällen, in denen eine Bewachung des Publikums sich ergeben würde, sofort mit den Wucherbehörden oder den Ortspolizeibehörden in Verbindung zu treten. Die Ortsstellen der Gewerkschaften werden Meldestellen einrichten, bei denen Verbraucher, die sich bewuchert fühlen oder eine Uebertretung von Vorschriften der Wirtschaftsregelung wahrnehmen, Anzeige erstatten können.

Garden-Prozess.

In der gestrigen Sitzung im Gardenprozess wurde seitens der Verteidigung ausgeführt, Weichardt könne höchstens als Gehilfe bei der Körperverletzung in Frage kommen. Rechtsanwält Bloch erklärte, die Tat des Gens kennzeichne sich als Beihilfe und nicht als Anstiftung. Nachdem der Oberstaatsanwalt kurz der Meinung der Verteidiger widersprochen hatte, daß Weichardt und Gens nur als Gehilfen betrachtet werden könnten und daß bei dem ersten ein Rücktritt vom Entschluß zur Tat vorliege, wandte sich Rechtsanwält Grünwald gegen die Ausführungen des Rechtsanwalts Bloch, die dieser über Gardens politische Tätigkeit gemacht hatte.

Gegen 1 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen Gens wegen Beihilfe zur Körperverletzung auf vier Jahre neun Monate Gefängnis und gegen Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Inbegriffung mildernder Umstände auf zwei Jahre neun Monate Gefängnis. Weiden Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Vom Weltfriedenskongress.

Auf der Nachmittagsitzung des Saager Weltfriedenskongresses am Dienstag hielt Weichardt Deutschland eine längere Rede, in der er u. a. ausführte, daß deutsche Volk habe es sich bei der Annahme des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons nicht träumen lassen, wie ungerecht die Friedensbedingungen ausfallen würden. Gegen alle früheren Anläufe werde die junge deutsche Demokratie dauernd auf die Folter gespannt. Die deutsche Arbeiterklasse sei demokratisch und friedlich gesinnt. Die größten Feinde der deutschen Demokratie seien nicht innerhalb Deutschlands zu suchen. Es seien vielmehr Deget vom Schloge Boicars. Die deutsche Arbeiterklasse sei bereit, bei der Wiederherstellung des Friedenszustandes so weit als möglich zu helfen. Schließlich protestierte Weich gegen die weitere Besetzung des deutschen Gebiets und gegen die Art und Weise, wie in London und Lausanne die deutschen Interessen

als Lebnsmittel benutzt würden. Weber-Wien hielt eine Verbindung der auf dem Kongress vertretenen verschiedenen Richtungen festlich gegenüber. Dem Willen, Willen des Generalrats des britischen Gewerkschaftsverbandes, hielt eine direkte Aktion zwar für zweckmäßig, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese Waffe wohl in England und Deutschland, wo starke Organisationen vorhanden sind, gebraucht werden könne, nicht aber in Frankreich, Italien und den skandinavischen Ländern. Zum Schluß der gestrigen Sitzung gins Tomhaus-Frankreich im Namen des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes auf einige während der Debatte aufgeworfene Punkte näher ein, wobei er insbesondere den Völkerverbund in seiner gegenwärtigen Verfassung als das Element einziger Regierungen ablehnte und zur Frage des Generalrats erklärte, die internationale Arbeiterbewegung lasse sich die Freiheit nicht nehmen, einen Generalrat zu proklamieren.

Sächsischer Landtag.

St. Dresden, 14 Dezember 1922. Für die 4. Sitzung des Landtags, in der die Aussprache über die Regierungserklärung stattfinden soll, zeigt sich nur wenig öffentliches Interesse. Die Tribünen sind ziemlich leer. Anstelle des verstorbenen Abg. Schmidt-Freiberg ist der Abg. Grellmann in den Landtag eingetreten.

Zunächst finden Wahlen für einige Bezirke und Ausschüsse statt. Es liegen Vorschläge des Ministerpräsidenten vor, gegen die die Kommunisten Einspruch erheben. Nach einer Entgegnung des Abg. Wirth (Soz.), daß man Mitglieder, die von den Dingen auch etwas verstehen, vorgeschlagen habe, finden die Vorschläge des Ministerpräsidenten Annahme.

Sodann wird die Vorlage über die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtags erlassenen Rotverordnungen beraten. Die Vorlage wird an die Ausschüsse verwiesen. — Es folgt die

Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Wirth (Soz.) polemisiert gegen die Rechte und sucht die Haltung der Regierung und der Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Mit der Regierungserklärung sei keine Partei einverstanden. Sie wünsche nur, daß die Regierung das gesteckte Ziel mit aller Energie zu erreichen versuche. Vor allem sei ein großes Interesse dafür vorhanden, daß die neue Gemeindeordnung so schnell als möglich verabschiedet werde. Die Wohnungsnot müsse baldigt bekämpft werden. Auch der Besserung der Ernährungslage müsse die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auf das Schicksal müsse man den Wucher mancher Landwirte verurteilen. (Abg. Posenischer (D. N.) ruft: Schwindel und wird deshalb vom Vizepräsidenten Dr. Hänger zur Ordnung gerufen.) Selbst auf die Gefahr hin, daß Beschlüsse einträte, müsse es versucht werden, die landwirtschaftliche Produktion auch in staatliche Regie zu nehmen. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit müßten Arbeitsstätten in Angriff genommen werden. Die Wochlohnpläne müsse neuzeitlich ausgebaut werden. In die Gewerbesteuer müßten Sachverhältnisse berufen werden. (Jurist: und Parteigenossen.) Redner erklärt darauf, daß jetzt keine Parteipolitik existiere. Die Regierung bitte er, beim Reiche dafür einzutreten, daß die Justiz reformiert werde.

Abg. Dr. Kaiser (D. N.) erklärte zunächst, daß er sich auch mit dem Vortrager, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regierung (Große Mehrheit), befaßen müsse. Er erkenne die schwierige Stellung der Regierung an. Das liege daran, daß man von vornherein nicht gewußt habe, ob sie die Hilfe des sozialistischen Vaters oder des kommunistischen Onkels tragen werde. Die Regierungserklärung habe enttäuscht, denn es sei weiter nichts als eine Zusammenstellung der Parteiforderungen, die erfüllt werden sollen. Vermitt haben wir in der Erklärung ein Wort darüber, daß die Regierung mit dem Volke eines Sinnes sei hinsichtlich der Schuldfrage und des Vertrags von Versailles. Auch ein Wort über die Reichstreue fehle, sowie ein wohlklingendes Wort über die Not breiter Volksschichten. Diese Unterlassungen beweisen, daß wir auch in Zukunft eine feste politische Führung dieser Regierung nicht erwarten dürfen. Sie wird fortwährenden wie bisher, sie wird die Unterstützung nehmen, wo sie sie findet und sie wird sich auch unter das kommunistische Joch beugen. Redner geht dann auf einzelne Punkte der Regierungserklärung ein. Eine Gemeindeförderung sei nicht nötig. Die Regierung will durch diese Reform nur die Gemeinden in ihre Hände bekommen. Man baut bei den Behörden nicht auf, sondern auf. (Ministerpräsident: Bei wem?) J. B. Beim Landesamt für Arbeitsvermittlung. Das angefordigte Gesetz über die Pflichten der Beamten ist weiter nichts, als ein Gesetz zur Beseitigung der politischen Freiheit der Beamten. Es mache sich ein Demunziantentum schimmiger Art breit. Der Ausländerfrage werde zu wenig Beachtung geschenkt, man dürfe nicht länger zusehen, wie unser Volk ausgebeutet werde. An der Vergewaltigung der Staatsbetriebe werde man ein blaues Wunder erleben. Man solle nicht den Bauern die Schuld allein zuschieben. Ganz verfehrt sei die Preisfestlegung für Milch und Butter. Damit werde dem Volke nur Sand in die Augen gestreut, denn man wisse ganz genau, daß die Verordnungen unbefähigt seien. Die Trennung zwischen Kirche und Staat werde die Kirche selbst begründen. Der Redner schließt: Das Gesamtbild der Erklärung ist: Es bleibt alles beim alten. Es soll auch künftig keine Rücksicht genommen werden auf 49 Prozent der Bevölkerung, die in dieser Regierung nicht vertreten sind. Zur positiven Arbeit sind wir bereit, aber nach dem Inhalt der Erklärung und den Ausführungen Wirths können wir uns nicht entschließen, zu sagen, daß wir dieser Regierung freundschaftlich gegenüberstehen, als der vorigen.

Abg. Dr. Eberle (D. N.) spricht der Regierung das Mißtrauen seiner Partei aus. Ihr Programm sei ungenügend und stütze sich auf die Kommunisten. Wenn die Regierung in zwei Jahren nichts gelernt habe, so sei das entweder ein Mangel an Intellekt, oder an sittlichem Willen, oder an beiden. Solange die Staatsgüter die landwirtschaftlichen Produkte nicht billiger vertauscht als die Landwirte, solle man nicht von Wucher sprechen. Die Sozialisierungsbestrebungen der Regierung zeigen, daß sie an einer typischen Kurzsichtigkeit leidet. Weiter kritisiert der Redner das Bestehen der Regierung, die Beamten zu Parteimännern zu erziehen. Eine Regierung, die geschworen hat, die Verfassung zu schützen und die Polizeimacht in den Händen hat, bricht die Verfassung; wenn sie aus Furcht vor ihren Inhabenden Genossen die Polizei nicht zum Wohle des Staates einsetzt, wie es bei den letzten Dresdner Teuerungsunruhen der Fall war. Die Luft, nach der Macht zu greifen, bestimme man, aber den Mut, auch die Verantwortung zu übernehmen, nicht. Das ist eine sittliche Schwäche. Der Redner kam zu dem Punkte „Vergewaltigung im sozialistischen Sinne“. Ich bin für meine Partei bereit, ein Stück mit Marx zu gehen (hört, hört) und zwar in der Hälfte, die Ihnen unbekannt ist (Heiterkeit). Marx ist auch Mittelstandsmann, davon wollen Sie aber nichts wissen. (Der Abg. Schmeier (Rom.) erhält nachträglich wegen des Justizreferats „Schwindel“ einen Ordnungsruf.)

Abg. Wörtcher (Rom.) singt zunächst ein Loblied auf Rußland und wendet sich dann gegen die Deutschenationalen, denen er vorwirft, die Durchführungen des

politischen Gedankens zu fordern. Seine Partei wolle aber auch wissen, ob die sozialdemokratische Regierung bereit sei, den Kampf gegen die Erfüllungspolitik der Reichsregierung aufzunehmen. In längeren Ausführungen beschließt sich der Redner mit den bekannten Verhandlungen zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten über den Eintritt in die Regierung. Auch in der Frage der Amnestie hat die Sozialdemokratie samt ihrer Regierung das Wort gebrochen. Wir sind immer noch bereit, die Verantwortung für eine Kampfregierung zu übernehmen, die im engsten Bunde mit der Arbeiterklasse gegen die Besitzenden arbeitet. Die Kraft der Arbeiter liegt nicht hier, sondern in den Betrieben. Wir werden unser Teil dazu beitragen, diesen Parlamentarismus zu diskreditieren. Die Politik der Sozialdemokratie ist Berat an der Arbeiterklasse und Stützung der bürgerlichen Gesellschaft. Die sozialistische Regierung hätte ein Schlußwort für den Aufmarsch der Arbeiterklasse sein müssen, um einen sicheren mitteldeutschen Fortschritt zu schaffen. (Abg. Dr. Eberle (Dem.): Der Vortrager hat der Regierung das Mißtrauen in aller Form ausgesprochen. Seine Ausführungen beweisen, daß die Regierung eine Minderheitsregierung ist. Wir haben eine Wendeung dieses Zustandes auf dem Wege der Verhandlung aller auf dem Boden der Verfassung stehenden erstrebt. Heute bleibt nur dieser Weg. Unsere Verfassung ist keine sozialistische, sondern von der ganzen Volkshammer angenommen. Warum hindern Sie uns, in diesem Rahmen mit Ihnen zusammenzuwirken? Der Ruf auf inneres Zusammenhalten hat sein Recht. Nicht Massenkampf, sondern den Frieden zu suchen, ist die Pflicht dieses Hauses. Wir kommen unserer Not nicht bei durch Eingriffe in die freie Wirtschaft. Die Teuerung ist Folge der Gesamtlage, des verfallenen Vertrags. Eine scharfe Ueberwachung und Bestrafung des Wuchers ist nötig; auf der anderen Seite müssen wir den Darlehen, vor allem den Kleinrentnern, mit Staatsmitteln zur Seite stehen. Die Erfahrungen mit dem sozialistischen Wirtschaftssysteme sprechen dafür, daß man jeden Versuch in dieser Richtung unterlassen soll. Warum steht in der Regierungserklärung kein Wort über die Förderung der Industrie, des freien Gewerbes und Handels und des freien Bauerntums auf eigener Scholle? Es ist die parteimächtige Einstellung, die es und auch vor zwei Jahren unmöglich machte, der Regierung zuzustimmen. Dabei sind wir gewillt, in einzelnen Punkten mitzuarbeiten. So stimmen wir überein mit der Ausgestaltung des Beamtenrechtes, mit der Verteilung der Reichssteuern nach den Bedürfnissen von Land und Gemeinden, mit der Gemeindeordnung im Sinne der Fortbildung der Steinischen Reform, mit den Schulfragen und mit der Uebernahme des Straßolajaus auf die Justiz. Nichts für unsere Mitarbeit wird das Wohl des Volkes sein.

Gegen 1/7 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 15. Dezember, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Zuschuß zu den Beschaffungskosten für Speisefräume für die Studentenschaft der Technischen Hochschule. 2. Vorlesen von 50 Millionen Mark an die Grass-Textilmehlsfabrik in Leipzig. 3. Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Volkswirtschaftliches.

Von der Berliner Börse. Die neueste Abschätzung der Devisenkurse hielt auch gestern an, da man die politische Situation etwas günstiger beurteilt. Vorherlich begann der Dollar mit 770 und das englische Pfund mit 86 000. Im offiziellen Börsenverkehr gab die Kurse weiter nach, der Dollar wurde mit circa 767 1/2 umgekehrt. Der amtliche Kurs für Rubelauszahlung Remort stellte sich auf 7655,81 M. 7994,19 B. — Im freien Effektenverkehr herrsche, wie das „B. Z.“ berichtet, bereits Felerstagstimmung; das Publikum und ebenfalls die Spekulation neigen zu Realisationen, so daß die gestern im Verkehr von Bureau zu Bureau genannten Kurse größtenteils etwas unter den vorgelegten amtlichen Notierungen lagen. Beßig für einige Spezialitäten war etwas größere Nachfrage vorhanden.

Die Zunahme der Darlehenskassenscheine. In den letzten beiden Ausweisen der Reichsbank war insbesondere die außerordentliche Steigerung der Summe der Darlehenskassenscheine im Portefeuille der Reichsbank auffallend, die in der Vormoche eine Vermehrung von 80,1 in der letzten Woche sogar eine solche von 81,8 Milliarden Mark erliefen. Wie das „B. Z.“ hierzu von zukünftiger Seite hört, ist die Vermehrung im wesentlichen auf die Verpfändung von Getreidebeständen durch die Reichsbank zurückzuführen, durch die letztere sich Mittel zur Besatzung des Getreides beschaffte.

Ausdehnung der Kaufkraft in der Damentextilindustrie. Die erneut zwischen den Damentextilindustriellen und den Einzelhandelsverbänden geführten Verhandlungen über eine Abänderung der Konditionen hinsichtlich der Begrenzung des Salutaris für die Abnehmer sind ergebnislos verlaufen. Der Ausschuss des Reichsbundes des Textilhandels hat daher, wie die „Textilwoche“ erfährt, einen für sämtliche Einzelhandelsverbände bindenden Beschluß gefaßt, wonach den Mitgliedern der Einkauf von Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion in fremder Währung bezw. in Anrechnung an eine solche (kurzgeschickte) Mark sowie in Papiermark mit Anzahlung oder gegen Akzept verboten ist. Gepattet ist lediglich mit Wirkung vom 18. Dezember ab der Kauf in Papiermark zu festen Preisen (Bagerware).

Marktberichte.

Dresdner Schlachtmarkt vom 14. Dezember. Auftrieb: 1. Rinder: 18 Ochsen, 15 Bullen, 14 Kalben und Kühe; 2. 267 Mäher; 3. 132 Schafe; 4. 145 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht. Minder: Montagspreise. Rinder: 1. Doppellender — 2. beste Mast- und Saugfäher 40000 bis 48000, D. 8700, 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 38000 bis 38000, D. 617, 4. geringe Mäher 30000 bis 34000, D. 582. Schafe: Montagspreise. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2, Jahr 58000 bis 54000, D. 688, 2. Fettchweine — 3. fleischige 48000 bis 50000, D. 640, 4. geringe entwickelte 34000 bis 42000, D. 648, 5. Sauen und Gber 34000 bis 47000, D. 540, D. — Durchschnittspreis pro Pund. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nichterhöhtes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab, Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, ergeben sich also wesentlich über die Staltpreise. Ueberhand: 87 Ochsen, 1 Schwein. Tendenz des Marktes: Rinder flott, Schweine flach.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktendörse pro 50 kg ab Station. Weizen, märkischer 15 400 — 15 800, pommerscher 15 200 — 15 300, rubig. Roggen, märkischer 13 400 — 13 500, rubig. Sommergerste, märkische 12 800 — 13 400, schlesische 12 500 — 13 000, rubig. Hafer, märkischer 13 000 — 13 100, pommerscher 12 800 bis 12 900, matter. Mais loco Berlin 14 900, Wagon frei Danzig 14 200. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 2 000 — 46 000, feinstes Marken über Notiz bezahlt, rubig. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 37 000 — 40 000, rubig. Weizenkleie 7800 — 8000, Roggenkleie frei Berlin 8000 bis 9000, Kll. Raps 24 000 — 25 000, Kll. Weizen 28 000 bis 31 000, Kll. Erbsen, Vittoria 29 000, Kll. Kleine Speiseerbsen 25 000 — 27 000, Bienen 25 000 — 27 000 Lupinen, blaus 17 000 — 18 000, Lupinen, gelb 21 000 bis 23 000.